
5400/J XXVII. GP

Eingelangt am 16.02.2021

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Kai Jan Krainer,
Genossinnen und Genossen**

an die Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort
**betreffend Umsetzung der Stellungnahme des Hauptausschusses zur öffentlichen
transparenten länderspezifischen Berichterstattung durch die Bundesregierung**

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 11.12.2019 wurde die Stellungnahme der SPÖ-
Abgeordneten Jörg Leichtfried, Genossinnen und Genossen, mehrheitlich mit Stimmen von SPÖ,
FPÖ, Grüne angenommen (1/S XVII.GP,
https://www.parlament.at/PAKT/VHG/XXVII/S/S_00001/fname_775641.pdf), diese lautet:

*„Die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung werden aufgefordert, jegliche
Maßnahmen zur Steuergerechtigkeit auf europäischer Ebene zu forcieren und bei der
nächsten Abstimmung im Rat dem Dossier für die transparente (veröffentlichte)
länderspezifische Berichterstattung (public Country-by-Country-Reporting) ihre
Zustimmung zu erteilen und damit eine weitere Verzögerung des Verfahrens zu
verhindern.*

Es handelt sich hierbei um eine Stellungnahme des Nationalrates gem. Art. 23e Abs. 3 B-VG¹, die
den zuständigen Minister bindet, von dieser darf er nur aus zwingenden integrations- und
außenpolitischen Gründen abweichen.

Die Bundesregierung war aufgefordert

- jegliche Maßnahme zur Steuergerechtigkeit auf europäischer Ebene aktiv voranzutreiben,
- ehebaldigst dem Dossier der transparenten veröffentlichten länderspezifischen Berichterstattung
im Rat zuzustimmen und
- die Beschlussfassung nicht weiter zu verzögern.

Der Richtlinienvorschlag wird aktuell auf EU-Ebene in den vorbereitenden Gremien beraten

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/HIS/?uri=COM:2016:198:FIN#2021-01-
13_DIS_byCONSIL](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/HIS/?uri=COM:2016:198:FIN#2021-01-13_DIS_byCONSIL)

Die unterzeichnenden Abgeordneten stellen daher nachstehende

Anfrage

- (1) Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um jegliche
Maßnahme zur Steuergerechtigkeit auf europäischer Ebene aktiv voranzutreiben? Bitte um
Detailangabe zu Datum, Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des
Rates/Dienststelle je Einzelvorgang.

¹ <https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40119805/NOR40119805.html>

- (2) Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um ehebaldigst dem Dossier der transparenten veröffentlichten länderspezifischen Berichterstattung im Rat zustimmen zu können? Bitte um Detailangabe zu Datum, Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des Rates/Dienststelle je Einzelvorgang.
- (3) Welche aktiven Schritte haben Sie als Minister seit dem 11.12.2019 gesetzt, um die Beschlussfassung nicht weiter zu verzögern? Bitte um Detailangabe zu Datum, Inhalt, Form (Schriftstück, Wortmeldung) und Formation des Rates/Dienststelle je Einzelvorgang.
- (4) In welchen Sitzungen des Rates oder der vorbereitenden Dienststellen (AStV, Attachees etc.) war das Dossier auf der Tagesordnung?
1. Welche Wortmeldungen wurden seitens Österreichs hierzu abgegeben?
 2. Wie hat der bzw. die österreichische Vertreter/in bei diesen Sitzungen abgestimmt?
 3. Welche Weisungen wurden aus Ihrem Ministerium anlässlich dieser Sitzungen zu diesem Dossier erteilt (bitte um Inhaltsangabe und Informationen, wie diese Weisungen zu Stande gekommen sind)?
 4. Haben Sie die Stellungnahme des Nationalrates berücksichtigt? Wenn ja, wie? Wenn nein, warum nicht?
- (5) Haben Sie in den Rats-Sitzungen für das Dossier gestimmt? Wenn nein, warum nicht?
- (6) Haben Sie dafür Sorge getragen, dass das Dossier auf die Tagesordnung der Sitzungen kommt? Wenn ja, wann und in welcher Form? Wenn nein, warum nicht?
- (7) Wurde Ihres Kenntnisstandes nach durch Stimmenthaltung oder Nicht-Wortmeldung verhindert, dass das Dossier auf die Tagesordnung einer vorbereitenden Sitzung oder Rats-Sitzung kommt oder abgestimmt werden kann?
- Wenn ja,
1. Wann war dieser Vorgang (bitte um Angabe des Datums der Sitzung)?
 2. Wer hat das veranlasst (wie war die Weisungslage inhaltlich und wer hat diese erteilt)?
 3. Haben Sie oder Mitarbeiter Ihres Ressorts dies veranlasst?
- (8) Konkret fand am 22.1.2021 eine Sitzung der Arbeitsgruppe Unternehmensrecht (CbC-R) - Attachés statt. Um den Informationsfluss zwischen den jeweils zuständigen BundesministerInnen und dem Nationalrat und dem Bundesrat zu optimieren, besteht gemäß dem Bundesgesetz über Information in EU-Angelegenheiten (EU-InfoG) eine Informationspflicht auch für vorbereitende Gremien des Rates. Hierzu ist auch ein Bericht des Bundesministeriums für Finanzen am 27.01.2021 übermittelt worden. Aus diesem Bericht ist jedoch die österreichische Position nicht ersichtlich. Welche Position nahm Österreich (Zustimmung/Ablehnung/Enthaltung des Vorschlags) ein?